



Pressemitteilung

Eckhardt Rehberg

Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied des Haushaltsausschusses
Vorsitzender der Landesgruppe
Mecklenburg-Vorpommern

Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

☎ (030) 227 - 75613

☎ (030) 227 - 76570

✉ eckhardt.rehberg@bundestag.de

🌐 www.eckhardt-rehberg.de

Berlin, 13.03.2017

Rehberg: Forderung nach Weiterförderung von alten Windenergieanlagen ist Klientelpolitik zulasten der Verbraucher

In der Debatte um den Rückbau älterer Windenergieanlagen fordert der Bundestagsabgeordnete Eckhardt Rehberg (CDU) Rechtssicherheit für die betroffenen Regionen und volle Kostenübernahme durch die Betreiber. Zugleich zeigt er sich empört über die Forderung der Grünen, alte Windenergieanlagen weiter zu fördern:

„Durch die hohen Förderungen und festgeschriebenen Einspeisevergütungen haben viele Betreiber von Windenergieanlagen dank des Verbrauchers sehr viel Geld verdient. Die Forderung von Johann-Georg Jaeger, Vorsitzender der Landes-Grünen und gleichzeitig Windkraft-Profiteur, Altanlagen weiter zu fördern ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten: Zwanzig Jahre Abnahmepflicht und garantierte Gewinne reichen Herrn Jaeger offenbar nicht aus. Nun sollen zu den derzeit marktwirtschaftlich an der Strombörse 2,5 Cent pro Kilowattstunde erzielten Erlöse immer nochmal eine Schippe Umlage draufgezahlt werden, damit die Windkraftlobby nochmal einen ordentlich Schluck aus der Pulle der Stromverbraucherkosten abbekommt“, so Rehberg.

Mit Blick auf die Entsorgungsfrage macht der Bundestagsabgeordnete deutlich: „Mich irritiert auch, dass die ansonsten bei Müll- und Abfallentsorgungen umtriebigen Grünen völlig aus dem Blick verlieren, dass die Entsorgung von alten Windanlagen wohl ein Problem darstellt und es nach Osteuropa verlagert wird.

Das Baugesetzbuch des Bundes schreibt vor, dass stillgelegte Windenergieanlagen zurückgebaut werden müssen und nicht als Ruine in der Landschaft stehen bleiben dürfen. Kaum einer in unserem Land möchte hunderte von außer Dienst gestellten Windkraftanlagen als Symbol der Energiewende sehen. Die Behörden müssen die Betreiber hier stringent in die Pflicht nehmen“, so Rehberg abschließend.